

## „Ein schwarzer Tag“

**RHEIN-KREIS NEUSS** (kl) IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Dieter Porschen kennt für die Entscheidung des Regionalrates in Sachen der Flugplatz-erweiterung Mönchengladbach nur ein Wort: „Grauenhaft!“ Der Niederrhein könne eine solche Entscheidung, die die Region um Arbeitsplätze und um ihre Qualität als Logistikstandort bringe, nicht gebrauchen. „Was sich hier im Regionalrat abspielt, ist ja beinahe wie in der großen Politik. Unentschlossenheit regiert das Land“, sagt Porschen.

Gleichzeitig weist die IHK darauf hin, dass es bei dem Änderungsverfahren für den Gebietsentwicklungsplan lediglich darum gegangen sei, Raum für den Flughafen zu reservieren. Die wichtigen Fragen der Wirtschaftlichkeit, der Machbarkeit und des Bedarfs bis hin zu Umweltfragen seien erst im Planfeststellungsverfahren zu klären. Porschen: „Ein Planfeststellungsverfahren ist so etwas wie eine Baugenehmigung. Auf ein solches Verfahren hat der Betroffene einen Anspruch.“ Deshalb sei es jetzt um so wichtiger, dass die

Stadt Mönchengladbach und der Flughafen das Planfeststellungsverfahren weiter vorantreiben, „damit die lange Startbahn endlich realisiert wird“. Die IHK werde dies unterstützen.

„Ein schwarzer Tag für die Region und für die Standortentwicklung am Mittleren Niederrhein“, so urteilt auch Mönchengladbachs Oberbürgermeister Norbert Bude. „Ich hätte erwartet, dass unsere kommunalen Nachbarn sich den wirtschaftlichen Chancen, die sich aus dem Ausbau des Verkehrslandeplatzes für unsere Stadt und die gesamte Region ergeben, nicht verschließen.“

Ohne den Flughafen ausbau sieht Bude Chancen wie den Strukturwandel in der Region, die Ansiedlung neuer Unternehmen, neue Arbeitsplätze und letztlich auch die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens Düsseldorf International gefährdet. Stadt, Flughafengesellschaft und die NVV AG würden alle juristischen Möglichkeiten prüfen und seien bereit, weiter für den Ausbau des Flugplatzes zu kämpfen.

## Die Region macht Politik

30.09.05

→ ANALYSE

VON FRANK KIRSCHSTEIN

**RHEIN-KREIS NEUSS** Auf der einen Seite betretenes Schweigen, auf der anderen lautstarker Jubel – wohl noch nie hat eine Entscheidung des Regionalrates solche Emotionen ausgelöst: Die knappe Entscheidung gegen eine Änderung des Gebietsentwicklungsplanes als Grundlage für die Erweiterung des Flugplatzes Mönchengladbach kam für alle Seiten überraschend. Die Folgen sind weitreichender, als die Diskussion über den Flugplatz auf den ersten Blick vermuten lässt. Der Regionalrat, Nachfolgegremium des früheren, mit weniger Befugnis ausgestatteten Bezirksplanungsrates, hat in bestem Sinne Politik gemacht. Vorbei die Zeit, in denen Städte und Kreise Großprojekte gegenseitig abgenickt haben. Die Gebietskörperschaften werden künftig verstärkt auf die Belange ihrer Nachbarn achten müssen, wollen sie nicht – wie jetzt Mönchengladbach mit dem

Flugplatz – im Regionalrat eine Bruchlandung riskieren. Eine Nagelprobe ist das Ergebnis der Regionalratsabstimmung für die Zusammenarbeit, die die Städte und Kreise am Mittleren Niederrhein mit der Standort Niederrhein GmbH gerade erst auf eine neue Basis gestellt haben: Korschbroichs Bürgermeister Heinz Josef Dick träumt bereits von einem gemeinsamen Gewerbegebiet mit Mönchengladbach – dort, wo heute noch der Flughafen steht. Eine gute Idee, die auch in „MG“ bereits Freunde fand, jedoch unter der Voraussetzung, dass der Airport erweitert wird. Davon aber sollte sich Mönchengladbach verabschieden. Mit dem Argument, dass das Nein des Regionalrates zur GEP-Änderung das Planfeststellungsverfahren unberührt lasse, am Flugplatz ausbau festzuhalten, erinnert in der Tat an die aktuelle Berliner Politik – an den Anspruch Gerhard Schröders, trotz Stimmenvorsprung der Union Kanzler bleiben zu wollen.

→ ZITIERT

Ich begrüße das Ergebnis. Klar, dass die Stadt Mönchengladbach verärgert ist, aber wir haben uns – gemeinsam mit den Städten im Rhein-Kreis und dem Kreis Viersen – mit Argumenten, die auf die Lärmbelastigung und die Sicherheit abzielten, durchgesetzt.

**Franz-Josef Moormann**  
Bürgermeister der Stadt Kaarst

Bei einer ablehnenden Entscheidung des Regionalrates stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, das Planfeststellungsverfahren fortzuführen.

**Ulrike Apel-Haefs Mdl**  
Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion

Wir feiern!!!!!!

**Herbert Gorecki**  
Neuss-Grefrather Bürger gegen Fluglärm